

Sehr geehrte Herr Tremmel,

vielen Dank für Ihre Nachfrage.

Ich unterstütze ausdrücklich das Ziel, die bisherige Abgeordnetenpension durch ein beitragsbasiertes Vorsorgemodell zu ersetzen. Politikerinnen und Politiker sollten nicht dauerhaft in einem eigenen Sonderversorgungssystem stehen.

Ziel muss eine Regelung sein, bei der Abgeordnete bei der Altersvorsorge keinen Sonderstatus und keine zusätzlichen Privilegien haben.

Deshalb würde ich einen Gesetzentwurf unterstützen, der die Ziele ihres Vorschlags grundsätzlich umsetzt, auch ohne vorherige große Rentenreform auf Bundesebene.

Gleichzeitig halte ich es für selbstverständlich, dass konkrete gesetzliche Regelungen parlamentarisch beraten und gegebenenfalls angepasst werden. Deshalb unterstütze ich die inhaltliche Richtung Ihres Vorschlags, stimme aber keinem extern vorgelegten Gesetzentwurf unverändert vor Beginn eines parlamentarischen Verfahrens zu. Ich möchte gerade deshalb ins Parlament, um an solchen Fragen mitzuwirken und ein Mandat zu haben, um die bestmögliche Lösung mit auszuhandeln.

Ich verstehe zugleich Ihren Frust darüber, dass sich in diesem Bereich seit Jahren zu wenig bewegt. Deshalb sehe ich mich politisch klar auf der Seite einer Reform, auch wenn meine Position nicht vollständig Ihrer Kategorie 1 entspricht.

Ich habe aber großes Verständnis dafür, dass Sie mit dieser Zuspitzung Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema schaffen wollen

Mit freundlichen Grüßen

Wenke Dargel

Zur Aussage von Frau Dargel: „**Deshalb sehe ich mich politisch klar auf der Seite einer Reform, auch wenn meine Position nicht vollständig Ihrer Kategorie 1 entspricht.**“

Einstufung der SRzG: Trotzdem oberste Kategorie, denn es ist selbstverständlich, dass die Abgeordneten den Gesetzentwurf noch verändern können. Es gibt ja gar keinen anderen Prozess als die üblichen drei Lesungen.